

## Fragen

### für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 21. März 1973

am Donnerstag, dem 22. März 1973

am Freitag, dem 23. März 1973

---

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	20
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	21, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	3, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	7, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	9, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	10, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	14, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	18, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	20, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit . . . . .	2, 31 *)

\*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

## A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Gallus** (FDP) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Vollzug des Jugendarrests gemäß der Verordnung über den Vollzug des Jugendarrestes vom 12. August 1966 (BGBl. I S. 505) und die hierzu erlassenen Richtlinien noch den Anforderungen an einen für Jugendliche und Heranwachsende in dieser Form zeitgemäßen Freiheitsentzug entspricht?
2. Abgeordneter **Gallus** (FDP) Kann der Vollzug des Jugendarrests dem Jugendlichen noch die Verletzung der Rechtsordnung deutlich machen, wenn z. B. strenge Tage, hartes Lager, Rauchverbot und völlige Abkapselung zur Außenwelt als erzieherische Maßnahmen gelten, und sollten nicht berufliche und therapeutische Beratungen durch geeignete Fachleute als Bestandteil des Vollzugs eingeführt werden?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU) Trifft die Meldung des „Bonner Generalanzeigers“ vom 21. Februar 1973 zu, der Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit habe der Behauptung zugestimmt, die im Bau befindliche Bosphorus-Brücke, die mit ihrer Fertigstellung die erste Landverbindung zwischen dem europäischen und dem asiatischen Teil der Türkei und in dieser Eigenschaft für die Infrastruktur-entwicklung des Landes von gar nicht zu überschätzender Bedeutung sein wird, bringe vielen Schaden und nur einigen wenigen Nutzen, und welche Folgen hat — bejahendenfalls — diese Wertung eines deutscherseits geprüften und geförderten Projekts auf die deutsch-türkischen Beziehungen?
4. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit geäußerte Auffassung, daß der prozentuale Rückgang der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt im Jahr 1972 von der CDU/CSU verschuldet worden sei, weil sie die rechtzeitige Verabschiedung des Bundeshaushalts 1972 blockiert habe, und wie hoch ist der Betrag, der aus dem Einzelplan 23 wegen der verspäteten Verabschiedung des Haushalts 1972 nicht ausgegeben werden konnte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

5. Abgeordneter  
**Dr. Schweitzer**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß es innerhalb der ARD Bestrebungen gibt, die finanzielle Grundlage des Deutschlandfunks zu verändern, und wie ist die im Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung der Regierungschefs von Bund und Ländern am 23. Februar 1973 in Bonn vom Bundesminister des Innern angedeutete „Auffassung der Bundesregierung über den Deutschlandfunk“ konkret zu verstehen?
6. Abgeordneter  
**Dr. Wörner**  
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung in der „Welt“ vom 21. Februar 1973 zu, wonach die geheimen „Wintex-73-Unterlagen“ der sowjetischen Botschaft in Rolandseck per Post zugestellt und von dort per Boten am 9. Februar 1973 dem Auswärtigen Amt wieder zugeleitet wurden?
7. Abgeordneter  
**Dr. Wörner**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um die Angelegenheit aufzuklären und Vorsorge zu treffen, daß solche Vorgänge sich nicht wiederholen?
8. Abgeordneter  
**Dr. Slotta**  
(SPD)
- Wann will die Bundesregierung eine Änderung des § 7 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) vorschlagen, der die zweifellos nicht vertretbare Zunahme von Personen enthält, die die Vertriebeneneigenschaft nur abgeleitet erwerben, nachdem sie die Absicht der Änderung des o. a. Paragraphen bereits vor fast zwei Jahren bekanntgegeben hat, und wenn sie nach wie vor immer noch eine Änderung des BVFG allein nur wegen des § 7 für untunlich hält, welche weiteren Änderungsvorschläge des BVFG will sie veranlassen?
9. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen und internationale Vereinbarungen sind von der Bundesregierung getroffen worden, falls es im südlichen Oberrheingebiet zu einer Massierung von Kernkraftanlagen durch das im Bau befindliche Kernkraftwerk in Fessenheim (Elsaß), das geplante Atomkraftwerk Breisach und die projektierte Plutoniumindustrie in Marckolsheim (Elsaß) kommt, um den möglichen Schädigungen vorzubeugen, die sich durch denkbare Terrorakte oder andere katastrophenähnliche Störfälle, Überschreitung der noch verbindlich festzulegenden maximalen Abgabemengen radioaktiver Emission auf Grund des gegenwärtigen Stands der Technik und Wissenschaft unter Berücksichtigung biologischer Gesichtspunkte und Gewährleistung einer ausreichenden Haftungsvorsorge für Störfälle außerhalb des Bundesgebiets ergeben können?

10. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung nach dem gegenwärtigen Stand über die voraussichtliche Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Fessenheim (Elsaß), über den Stand des Genehmigungsverfahrens für das Atomkraftwerk Breisach und über den möglichen Baubeginn der industriellen Anlagen in Marckolsheim (Elsaß) auf Plutoniumgrundlage machen?
11. Abgeordneter  
**Berger**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen eine Umgliederung im Bundesamt für Verfassungsschutz dergestalt beabsichtigt ist, daß eine neue Abteilung zur Beobachtung des politischen Terrorismus unter Ausgliederung der entsprechenden Arbeitsgebiete aus den Abteilungen für Links- und Rechtsradikalismus eingerichtet werden soll?
12. Abgeordneter  
**Berger**  
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß im Zusammenhang mit dieser Umgliederung der Leiter der Abteilung Linksradikalismus in die weit kleinere Abteilung Rechtsradikalismus umgesetzt werden soll?
13. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Pressemeldungen über eine beabsichtigte Umgliederung des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit dem Ergebnis einer Abgrenzung der Beobachtung der DKP von der anderer linksradikaler Organisationen einerseits und Meldungen über Beschwerden der DKP wegen ihrer Beobachtung durch den Verfassungsschutz andererseits in einem inneren Zusammenhang stehen?
14. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung ihre Auffassung aufrecht, daß die DKP wie die verbotene KPD sich auf der ideologischen und politischen Linie der SED bewegt, sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin bekennt, die Ablösung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die Diktatur des Proletariats anstrebt und daher verfassungsfeindliche Ziele verfolgt?
15. Abgeordneter  
**Dr. Schmude**  
(SPD)
- Steht nach Auffassung der Bundesregierung das von einigen Bundesländern praktizierte sogenannte Rotationsverfahren, bei dem ausländischen Arbeitnehmern nach einer gewissen Aufenthaltszeit in der Bundesrepublik Deutschland die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zugunsten der Herreinnahme neuer ausländischer Arbeitskräfte versagt wird, in Übereinstimmung mit der von der Bundesregierung den ausländischen Arbeitnehmern gegenüber verfolgten Politik, wie sie z. B. in der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drucksache VI/3085) dargestellt ist?

16. Abgeordneter  
**Josten**  
(CDU/CSU)      Wieweit ist die Gesamtdokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs fertiggestellt?
17. Abgeordneter  
**Josten**  
(CDU/CSU)      Welche finanziellen Mittel wurden bisher von den früheren Bundesregierungen für die Herstellung dieser Kriegsgefangenendokumentation aufgebracht?
18. Abgeordneter  
**Volmer**  
(CDU/CSU)      Sieht die Bundesregierung in der Anzeige des Bundesministers des Innern in der „Welt“ vom 23. Dezember 1972, worin Beamte des gehobenen technischen Dienstes gesucht und bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen Übernahme nach Besoldungsgruppe A 11 angeboten wird, eine erneute Bestätigung dafür, daß fachhochschulmäßig ausgebildeter Ingenieurnachwuchs mit der Eingangsbesoldungsgruppe A 9 nicht mehr gewonnen werden kann?
19. Abgeordneter  
**Volmer**  
(CDU/CSU)      Wann beabsichtigt die Bundesregierung, aus der Einrichtung der Fachhochschulen in den Ländern die überfälligen Konsequenzen für die laufbahn- und besoldungsrechtliche Einstufung beamteter graduerter Ingenieure und gegebenenfalls anderer vergleichbarer Beamter zu ziehen?
20. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)      Hält die Bundesregierung die Ansiedlung einer Raffinerie durch die VEBA-Chemie im Orsoyer Rheinbogen mit ihren Feststellungen zum Umweltschutz in ihrer Regierungserklärung unter Berücksichtigung des jetzt bekannt gewordenen sogenannten 4. VEBA-Gutachtens (Ergänzung der gutachtlichen Stellungnahme der LIB im Vorprüfverfahren des Ansiedlungsvorhabens der Firma VEBA-Chemie AG in Orsoy-Land) für vereinbar?
21. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, ihren Vertretern im Aufsichtsrat der VEBA-Chemie bei einer möglicherweise erneut notwendig werdenden Entscheidung der VEBA über den Bau der Raffinerie im Orsoyer Rheinbogen Anweisungen zu geben, das Projekt im Hinblick auf die Notwendigkeit eines verstärkten Umweltschutzes abzulehnen?
22. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD)      Trifft es zu, daß bei der bisherigen Projektierung des angeblich baureifen Schnellen-Natrium-Brüters SNR 300 keine Berechnungen vorgenommen worden sind, die mit 100% theoretischer Gewißheit das Entstehen einer kritischen Masse in denkbaren Störungsfällen ausschließen?

23. Abgeordneter  
**Egert**  
(SPD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung in der vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, aufgezeigten Ausbildungspraxis einen Widerspruch zu der erklärten Absicht, den Bundesgrenzschutz zu einer Bundespolizei auszubauen, und wie gedenkt sie, den mit einer polizeilichen Funktion unvereinbaren paramilitärischen Tendenzen beim Bundesgrenzschutz entgegenzutreten?
24. Abgeordneter  
**Wurche**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß ein bei der Hilfsorganisation Medico International in Frankfurt lagerndes komplettes Lazarett deshalb nicht zum Einsatz in Nordvietnam gebracht werden kann, weil die Bundesregierung bisher nicht, wie sonst üblich, die Transportkosten übernommen hat, und wenn ja, welche Gründe veranlassen die Bundesregierung zu ihrem Verhalten und besteht die Absicht, diese Haltung zu ändern?
25. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Bund der verdrängten Beamten (131er) im Deutschen Beamtenbund in der Neufassung vom Januar 1973 vorgelegten Stufenplan zur Verwirklichung einer Abschlußregelung des Gesetzes zu Artikel 131 GG, und welche konkreten Folgerungen gedenkt sie daraus zu ziehen?
26. Abgeordneter  
**Dr. Oetting**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Braunschweig und Trauen ansässigen Forschungsinstitute der DFVLR in der Lage wären, sofort Forschungskapazität für das Bundesamt für Umweltschutz zur Verfügung zu stellen, weiß sie, daß darüber hinaus voraussichtlich sogar hochqualifiziertes technisches Personal für die Bundesanstalt in Braunschweig zur Verfügung steht, das durch organisatorische Straffung der DFVLR in Braunschweig und Trauen freigesetzt wird, und will die Bundesregierung aus diesen und weiteren Gründen das Bundesamt für Umweltschutz in Braunschweig errichten?
27. Abgeordneter  
**Dr. Oetting**  
(SPD)
- In welchem Maße gedenkt die Bundesregierung, sich in dem Bundesamt für Umweltschutz und bei ihren Bemühungen um die Hebung der Verkehrssicherheit auf den Sachverstand von Verwaltungsfachleuten und Geisteswissenschaftlern, insbesondere Juristen und Philologen zu stützen?
28. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)
- Warum liegen die Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland aus der Volkszählung vom 27. Mai 1970 bisher nicht vor?

29. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß die „DDR“ Anspruch auf Gebiete entlang der Zonengrenze erhebt, die seit der Zeit nach Kriegsende auf Grund von Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte zum freien Teil Deutschlands gehören?
30. Abgeordneter  
**Damm**  
(CDU/CSU) Trifft die Behauptung zu, daß wie es in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. März 1973 unter der Überschrift „Hilfe wird von Bonn verzögert“ heißt, die Versendung eines Lazarettzeltes mit 100 Betten, Operations- und Ambulanztrakten, Labor, Apotheke, Feldküche, Zahnstation, eigener Stromversorgung und einem Krankenwagen nach Vietnam noch nicht möglich gewesen sei, weil das Bundesinnenministerium sich bisher geweigert habe, die Transportkosten zu übernehmen, und ist es richtig, daß es „möglicherweise politische Gründe sind“, die die Versendung hinausgezögert haben?
31. Abgeordneter  
**Engholm**  
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Wahlkampffinanzierung durch anonyme Großspender durchsichtig zu machen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter  
**Krockert**  
(SPD) Ist die Übertragung von Ansprüchen Lohnsteuerpflichtiger aus dem Lohnsteuerjahresausgleich an dritte Personen legal, und welches ist die Rechtsgrundlage dafür?
33. Abgeordneter  
**Krockert**  
(SPD) Wird die Bundesregierung der ausbeuterischen und z. T. betrügerischen Praxis von Anspruchsaufkäufern, die Presseberichten zufolge besonders die Unkenntnis oder Unbeholfenheit von Gastarbeitern ausnutzen, durch Einschränkung des Übertragungsrechts oder auf andere Weise zu steuern suchen?
34. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, die einerseits die Hauptlast der Bemühungen zur Verbesserung der Lebensqualität zu tragen haben, andererseits aber bereits die äußersten Grenzen der Verschuldung erreicht haben, noch für tragbar?
35. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Anteil der Städte und Gemeinden an der Einkommensteuer stufenweise anzuheben und ihnen das eigene Hebesatzrecht an diesem Anteil einzuräumen?

36. Abgeordneter  
**Dr. Hauser**  
**(Sasbach)**  
(CDU/CSU)
- Ist es mit dem im gesamten Bereich des Verwaltungsrechts unangefochten gültigen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel vereinbar, wenn ein Abfindungsbrenner, der sich bei Abgabe seiner Abfindungsanmeldung im Datum getäuscht, sodann am „falschen“ Tag gebrannt und somit nicht in einem ordnungsgemäß angemeldeten Verfahren Branntwein gewonnen hat, wegen dieser geringfügigen Ordnungswidrigkeit nur mit einer kleinen Buße belegt wird, darüber hinaus aber kraft zwingender gesetzlicher Vorschrift des § 76 des Branntweinmonopolgesetzes den gesamten erzeugten Branntwein abliefern muß und dadurch Nachteile hinzunehmen hat, die erkennbar außer Verhältnis zu dem erstrebten Ordnungszweck stehen?
37. Abgeordneter  
**Müller**  
**(Berlin)**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die in der Zeitschrift „die familie“ (Nr. 1 — Januar/Februar 1973) veröffentlichten Forderungen des Deutschen Familienverbands für berechtigt, wonach bis zur Steuerreform eine Übergangslösung zum Familienlastenausgleich in Form einer monatlichen Abschlagszahlung von 40 DM ab erstem Kind für jedes Kind, zusätzlich zum gegenwärtigen Kindergeld, geschaffen werden soll?
38. Abgeordneter  
**Müller**  
**(Berlin)**  
(CDU/CSU)
- Wenn ja, inwieweit ist dann die Bundesregierung bereit, dieser Forderung entgegenzukommen?
39. Abgeordneter  
**Jäger**  
**(Wangen)**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz dahin zu ändern, daß für die Ausbildung der Beamten des gehobenen Dienstes Steuerbeamtenhochschulen (Fachhochschulen) mit fachwissenschaftlichen Prüfungen als Abschluß errichtet werden, und bejahendenfalls, wann ist mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu rechnen?
40. Abgeordneter  
**Jäger**  
**(Wangen)**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, als Zwischenlösung eine Novellierung des Gesetzes ins Auge zu fassen, die es den Bundesländern, welche für ihre nach Landesrecht auszubildenden Beamten des gehobenen Dienstes bereits die Fachhochschulausbildung eingerichtet haben, gestattet, auch die Steuerbeamten in diese Regelung einzubeziehen?
41. Abgeordneter  
**Hansen**  
**(SPD)**
- Treffen Presseberichte zu, wonach einem Bericht der Deutschen Botschaft zufolge sich Anfang Januar 1973 unberechtigt und unter Ausnutzung seines Amtes der Vorsitzende im Verwaltungsrat der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau als offizieller Gast der indi-

- schen Regierung hat empfangen lassen und dabei Gesetzesvorlagen kritisierte, mit denen die indische Regierung mehr Einfluß auf die Privatwirtschaft und ausländische Firmen nehmen will?
42. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD) Wird die Bundesregierung aufgrund ihrer Aufsichtspflicht aus dem Verhalten des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau Konsequenzen ziehen?
43. Abgeordneter  
**Biechle**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die mit der vorgesehenen Erhöhung der Mineralölsteuer verbundenen Auswirkungen für das Tankstellengewerbe im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet, und welche Möglichkeiten sieht sie gegebenenfalls, die mit dieser Mineralölsteuererhöhung verbundene existenzbedrohende Härte für das Tankstellengewerbe zu entschärfen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

44. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen müsse auch im Bundeshaushalt ihren Niederschlag finden, und welche Beträge für welche Zwecke gedenkt — bejahendenfalls — die Bundesregierung vorzuschlagen?
45. Abgeordnete  
**Frau Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung heute angesichts ihrer vielseitigen wirtschaftspolitischen Stabilitätsbemühungen und der Tatsache, daß die industriellen Erzeugerpreise laut Statistischem Bundesamt mit 1,1% im Januar 1973 die höchste monatliche Preissteigerungsrate seit zwei Jahren aufwiesen, zu der von ihr vor und nach der Bundestagswahl 1972 gleichermaßen herausgestellten Frage der Aufhebung der Preisbindung?
46. Abgeordnete  
**Frau Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die generelle Aufhebung der Preisbindung für eine wirksame wettbewerbsrechtliche Ergänzung ihrer Stabilitätsbemühungen in der derzeitigen Konjunkturlage, und welchen Zeitpunkt strebt sie gegebenenfalls für die Aufhebung der Preisbindung an?
47. Abgeordneter  
**Baier**  
(CDU/CSU) Nachdem das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg Ende 1970 die ausgewiesenen Schwerpunkttorte Baden-Württembergs darauf hingewiesen hat, die Förderungsprogramme für „Infrastrukturelle Maßnahmen“ durch sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Standortverhältnisse, insbesondere

zur Erhöhung des Wohn- und Freizeitwerts der Schwerpunkorte und ihrer Verflechtungs- bzw. Einzugsbereiche zu ergänzen, ohne daß seitdem jemals entsprechende Bewilligungen ausgesprochen wurden, frage ich, ob die Bundesregierung noch bereit ist, im Rahmen des regionalen Aktionsprogramms „Infrastrukturelle Maßnahmen“ zur Verbesserung der Standortverhältnisse insbesondere zur Erhöhung des Wohn- und Freizeitwerts zu fördern und gegebenenfalls mit welchen Jahresbeträgen?

48. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß den wirtschaftlich schwächeren Gebieten — vor allem den Zonenrandgebieten — dadurch geholfen werden könnte, daß neu zu errichtende staatliche Institutionen (z. B. Verwaltungs- und Zollschulen) in diese wirtschaftlichen Randgebiete verlegt werden, und ist sie bereit, diesen Gesichtspunkt bei der Wahl der Standorte zu berücksichtigen?
49. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der Veränderung der Währungsparitäten und des traditionellen Scheiterns fast aller vom Bund bisher unterstützten Flugzeugbauprojekte eine gründliche Überprüfung der Kostenentwicklung des Air-Bus und seiner Absatzchancen unter Vergleich mit ausländischen Konkurrenzprojekten für dringlich, um mögliche Fehlaußgaben für die Zukunft zu vermeiden?
50. Abgeordneter  
**Dr. Blüm**  
(CDU/CSU) In welcher Weise und in welcher Höhe wurden deutsche Privatinvestitionen im Wasco-Wamac Konzern in Nigeria durch öffentliche Mittel gefördert bzw. abgesichert?
51. Abgeordneter  
**Dr. Blüm**  
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung sicherzustellen, daß bei grob fahrlässigem unternehmerischen Fehlverhalten öffentliche Förderungsbeträge bzw. Steuervergünstigungen für Privatinvestitionen in Entwicklungsländern zurückbezahlt werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

52. Abgeordneter  
**Dr. Ritz**  
(CDU/CSU) Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung bei Durchführung des Brüsseler Ministerratsbeschlusses vom 11. März 1973, das weitere Funktionieren des EWG-Agrarmarktes sicherzustellen, ohne daß der Landwirtschaft durch Aufwertung der D-Mark und „Blockfloating“ Einkommenseinbußen entstehen?

53. Abgeordneter  
**Dr. Ritz**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesfinanzministers, daß für die deutsche Landwirtschaft keine negativen Auswirkungen entstehen im Hinblick darauf, daß der bisher praktizierte Grenzausgleich eine Reihe von Agrarprodukten gar nicht oder nur teilweise erfaßt?
54. Abgeordneter  
**Dr. Hammans**  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die landwirtschaftlichen Gebäude jener ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebe, die ihre landwirtschaftliche Nutzfläche zur Strukturverbesserung verpachtet oder verkauft haben, entweder einer anderen Nutzung oder einem erforderlichen Abbruch zuzuführen?
55. Abgeordneter  
**von Alten-Nordheim**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, in welcher Höhe und für welche Maßnahmen, direkte finanzielle Hilfen für die ungeheuren Sturmschäden, die durch die Naturkatastrophe vom November 1972 verursacht worden sind, zu gewähren, nachdem nicht nur Umfang und Auswirkungen der Schäden hinlänglich bekannt sind, sondern ihr auch mehr als genügend Zeit für Prüfung und Klärung verschiedener Sachprobleme zur Verfügung gestanden hat?
56. Abgeordneter  
**von Alten-Nordheim**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die von ihr zunächst ergriffenen mehr flankierenden Sofortmaßnahmen durch wirksame finanzielle Hilfen unterstützt werden müssen, so wie diese u. a. von dem am meisten betroffenen Land Niedersachsen, den Verbänden, einer Reihe von Abgeordneten und schließlich auch in einer Resolution des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gefordert werden, um weitere unübersehbare Folgeschäden zu verhindern?
57. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Welche volkswirtschaftlichen Orientierungsdaten wird die Bundesregierung bei der Agrarpreisverhandlung im EG-Ministerrat im April 1973 in Brüssel berücksichtigen?
58. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die Bundesregierung in der nächsten EWG-Ministerratssitzung verhalten in bezug auf den Vorschlag der EG-Kommission, für in einem liberalisierten Wettbewerb mit Drittländern empfindliche Be- und Verarbeitungserzeugnisse ein Mindestpreissystem anzuwenden, um auf diese Weise eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbssituation der Obst- und Gemüsekonservenindustrie der Gemeinschaft zu verhindern?

59. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)
- Welchen Einfluß werden die kürzlichen und die jüngsten Währungsmaßnahmen der einzelnen Mitgliedsländer der EG auf die Festsetzung der neuen Agrarpreise in der EWG haben, und wird sich die Bundesregierung analog der Forderung von COPA für eine angemessene Erhöhung der Agrarpreise einsetzen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

60. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU)
- Wie gestalten sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, und bis wann ist damit zu rechnen, daß zwischen beiden Staaten ein umfassenderes Abkommen über soziale Sicherheit abgeschlossen wird?
61. Abgeordneter  
**Braun**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung — wie in der 58. Sitzung des Bundestags vom 16. Juni 1970 im Rahmen des Mündlichen Berichts des Petitionsausschusses angeregt —, zu der Frage der Bewertung der Ersatzzeiten (Kriegsdienstzeit) bei der Berechnung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung neue Vorschläge zu machen?
62. Abgeordneter  
**Dr. Schmude**  
(SPD)
- Zieht die Bundesregierung angesichts des von ihr vorbereiteten Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts in Betracht, durch Änderung der Einstellungspraxis im Bereich der öffentlichen Hand, z. B. bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn, dem Zweck des vorgesehenen Gesetzes schon jetzt zu entsprechen?
63. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die seit dem 1. April 1971 für Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten bestehende gesetzliche Unfallversicherung — zumindest in Baden-Württemberg — die von den Gemeinden an den Unfallversicherungsverband zu entrichtenden Umlagen, die vorher entrichteten freiwilligen Beiträge um bis zu 650 v. H. überschreiten?
64. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Inwieweit trifft die Darstellung des baden-württembergischen Städtetags zu, wonach ein wesentlicher Effekt der gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler usw. in dem Aufbau teurer Verwaltungsabteilungen und der Entstehung hoher Kosten für die Gemeinden zu sehen sei, während eine Verbesserung der Leistungen für den betroffenen Personenkreis insgesamt nicht erzielt worden sei?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

65. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Bleibt das Bundesverteidigungsministerium bei seiner Zusage, das Militärgeographische Amt der Bundeswehr nach Euskirchen zu verlegen?
66. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Läßt sich die zeitliche Durchführung dieser Verlegung konkret bestimmen?
67. Abgeordneter  
**Dr. Wernitz**  
(SPD)            Wann ist mit einem Abschluß der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern über eine Neufassung des § 14 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes zu rechnen, und welche Änderungsvorstellungen liegen bisher den Verhandlungen zugrunde?
68. Abgeordneter  
**Metzger**  
(SPD)            Besteht nach derzeit geltendem Recht die Möglichkeit, Ärzte, die noch keinen Grundwehrdienst geleistet haben, nach Vollendung des 32. Lebensjahrs zum Grundwehrdienst, verkürztem Grundwehrdienst oder sonst zu Leistungen innerhalb der Bundeswehr heranzuziehen?
69. Abgeordneter  
**Dr. Probst**  
(CDU/CSU)      Wie haben sich die Ergebnisse repräsentativer Umfragen nach dem Ansehen unserer NATO-Partner und nach der Notwendigkeit der Bundeswehr und der NATO in den letzten Jahren entwickelt, und welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Jugend, Familie und Gesundheit**

70. Abgeordneter  
**Groß**  
(FDP)            Hält die Bundesregierung ein Einfuhrverbot für notwendig und möglich, das alle Lebensmittelbestandteile und -zusätze erfaßt, die in einem OECD-Land einem Marktverbot unterliegen?
71. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
**(Braunschweig)**  
(CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Lösungen sich im Zuge der weiteren Integration der Europäischen Gemeinschaft (Bericht der Bundesregierung über die Integration der Europäischen Gemeinschaft — Drucksache 7/5) in bezug auf die pharmazeutischen Richtlinien betr. Herstellung, Großhandel, Anerkennung der Apothekerdiplome, Koordinierung der Apothekerausbildung, der Ärzteausbildung und des Niederlassungsrechtes ergeben?

72. Abgeordneter  
**Tillmann**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die in 20 Jahren mehr als 40 000 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet hat, und ist sie bereit, die Arbeit dieser Organisation durch unbürokratische Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zu erleichtern, da sich sowohl die Richtlinien für Sportförderung als auch für den Katastrophenschutz nicht unbedingt anwenden lassen?
73. Abgeordneter  
**Sieglerschmidt**  
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Regierungsbeiträge für das deutsch-französische Jugendwerk trotz der ständigen Preissteigerungen in den letzten zehn Jahren weder von der Bundesregierung noch von der Regierung Frankreichs jemals gegenüber dem Anfangsbeitrag erhöht worden sind und daß demzufolge die Zahl der im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerks ausgetauschten Jugendlichen von 300 000 im Jahr 1965 auf 150 000 im Jahr 1972 zurückgegangen ist?
74. Abgeordneter  
**Sieglerschmidt**  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Rückgang des deutsch-französischen Jugendaustausches nicht nur aufzuhalten, sondern die Aktivität des Jugendwerks wieder zu verstärken?
75. Abgeordneter  
**Burger**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Möglichkeiten der fachärztlichen Akut- und Nachsorgebehandlung Querschnittsgelähmter und Rückenmarkgeschädigter unzureichend sind, und hält sie die Angaben namhafter Wissenschaftler für zutreffend, wonach 15 Behandlungszentren für diesen Personenkreis in der Bundesrepublik Deutschland fehlen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um auf diesem Gebiet eine fachgerechte Behandlung sicherzustellen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

76. Abgeordneter  
**Damm**  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung im nächtlichen Parken gewerblicher Fahrzeuge (z. B. Lastwagen) in Wohnbereichen und mit dem durch Starten und Warmlaufen der Fahrzeuge zu nachtschlafender Zeit hervorgerufenen Lärm ein Problem, dem gesetzgeberisch begegnet werden muß?
77. Abgeordneter  
**Dr. Kempfler**  
(CDU/CSU)
- Bedeutet der Satz in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973, in dem lediglich betont wird, daß der Bau der Bundesfernstraßen selbstverständlich weitergeht, eine Änderung

- der Straßenbaupolitik gegenüber der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, wonach der Schwerpunkt des Fernstraßenbaus die Chancenverbesserung strukturell schwacher Gebiete sein soll?
78. Abgeordneter  
**Dr. Kempfler**  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, von der früheren Praxis bei der Festsetzung von Kraftfahrzeugkennzeichen, wonach in Ausnahmefällen das Kennzeichen auch aus der Landschaftsbezeichnung des Landkreises genommen werden konnte, abzugehen und neuerdings darauf zu bestehen, daß nunmehr der Name der Kreisstadt für die Formung dieser Kennzeichen zugrundegelegt werden darf?
79. Abgeordneter  
**Egert**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Interesse der Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr eine Überprüfung des Sehvermögens älterer Führerscheininhaber obligatorisch machen, und inwieweit wird sie sich dabei von den Vorstellungen des Deutschen Grünen Kreuzes, die dem zuständigen Bundesminister mit Schreiben vom 15. Februar 1973 mitgeteilt worden sind, leiten lassen?
80. Abgeordneter  
**Schulte**  
(Schwäbisch Gmünd)  
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Eröffnung der Bahnverbindung Würzburg—Meiningen und damit der Wiederherstellung der alten Verbindung Stuttgart—Berlin zu rechnen?
81. Abgeordneter  
**Hölscher**  
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Bundesfernstraßenplanung die jeweiligen Auswirkungen auf die Umwelt in einer systematischen Umweltverträglichkeitsprüfung festzustellen und diese Feststellung der Folgewirkungen auf die Umwelt zu berücksichtigen, oder gilt statt des Grundsatzes der Vorsorge (z. B. bestmögliche Lärmbekämpfung an der Trasse) lediglich der Grundsatz der Abwendung von möglichen Entschädigungsansprüchen (z. B. nach § 906 BGB)?
82. Abgeordneter  
**von Bockelberg**  
(CDU/CSU)
- Zu welchem Ergebnis ist der bei dem Bundesminister für Verkehr und bei dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit gebildete Beirat für Verkehrsmedizin in seinem Zweiten Entwurf des Gutachtens „Krankheit und Kraftfahreignung“ hinsichtlich der Bewertung von Gehörschäden gekommen, und werden danach gehörlose (taubstumme) Führerscheininhaber und Führerscheinbewerber eine Sonderbehandlung zu erwarten haben?
83. Abgeordneter  
**Dr. Klein**  
(Göttingen)  
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen haben den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Haar, veranlaßt, Pressemeldungen zufolge kürzlich in Hannover sinngemäß

- zu erklären, über den Bau der vorgesehenen Ergänzungsstrecke der Deutschen Bundesbahn Hannover—Kassel sei praktisch schon in dem Sinn entschieden, daß diese Ergänzungsstrecke nicht über Göttingen, sondern durch das Wesertal geführt werde, und wie vereinbart die Bundesregierung diese Absicht mit den Notwendigkeiten einer besseren Verkehrsbedien-  
ung des Zonenrandgebiets im Bereich Göttingen?
84. Abgeordneter  
**Dr. Wagner**  
(Trier)  
(CDU/CSU)
- Ist damit zu rechnen, daß durch die vorgesehenen Kürzungen der Mittel für den Straßenbau auch der Bau von Autobahnen und Bundesstraßen im Land Rheinland-Pfalz verlangsamt wird?
85. Abgeordneter  
**Dr. Probst**  
(CDU/CSU)
- Ich frage die Bundesregierung, ob die Äußerungen von Bundesminister Lauritzen in einem Interview mit der „Münchner tz“ vom 20. Februar 1973, „Bevor wir investieren, werden wir immer kritisch prüfen — auch bei Flughäfen“ — tz: „Ganz konkret: Wird in München an der Zukunft vorbeigeplant?“ — Lauritzen: „Nein, dafür werden wir uns einsetzen“ — im Zusammenhang mit der Entwicklung von neuen Verkehrstechnologien (Hochleistungsschnellbahn) bedeutet, daß der Standort und die Größe des Flughafens München II erneut diskutiert werden sollen, und sind diese Aussagen von Bundesverkehrsminister Lauritzen schon Teil einer Konzeption, die bereits der Vorgänger in diesem Amt, Bundesminister Leber, angekündigt hat, und die Herr Lauritzen demnächst vorlegen will?
86. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen bestimmen die Streckenauswahl bei der Elektrifizierung von Eisenbahnlinien?
87. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß bei der Streckenauswahl die Gewährung von Kreditvorteilen durch einzelne Länder eine erhebliche Rolle spielt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

88. Abgeordneter  
**Dr. Geßner**  
(SPD)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung dem Bundestag eine Vorlage bezüglich der angekündigten Erhöhung der Mietobergrenzen für das Wohngeld zuleiten wird?

89. Abgeordneter  
**Baier**  
(CDU/CSU) Unter Hinweis auf eine Notiz in den Ruhrnachrichten vom 12. März 1973 „Vogel: Bauen muß billiger werden“ frage ich, welche konkreten Maßnahmen des Bundesministers Dr. Vogel zur Verwirklichung dieser begrüßenswerten Forderung führen werden?
90. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU) Auf welchen wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnissen beruht die Aussage von Bundesminister Dr. Vogel in der Zeitschrift „Das Leben“ Nr. 1/2/1973, „das Düngen der landwirtschaftlichen Nutzflächen hat zwar die Hungersnot in vielen Ländern der Erde beseitigt, aber dafür die Pflanzen vitaminärmer und anfälliger gegen Krankheiten und Schädlingsbefall gemacht, die Humusbildung verringert, die Bodenerosion beschleunigt und noch zur verheerenden Vergiftung der Flüsse und Seen beigetragen“?
91. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU) Befindet sich der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit dieser Aussage in Einklang mit der Bundesregierung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

92. Abgeordneter  
**Mursch**  
(Soltau-Harburg)  
(CDU/CSU) Handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung bei dem beabsichtigten Besuch einer Bewohnerin der „DDR“ bei ihrer in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Schwester anlässlich einer bevorstehenden Geburt, um ihr in den Tagen vor und nach der Entbindung behilflich zu sein, um einen Besuch unter Geschwistern — solche Reisen können von den „DDR“-Behörden genehmigt werden —, oder teilt die Bundesregierung die Auffassung von „DDR“-Dienststellen, daß es sich hier um den Besuch einer Tante bei ihrem noch nicht geborenen Neffen oder einer Nichte handelt und deshalb nicht genehmigt zu werden braucht?
93. Abgeordneter  
**Mursch**  
(Soltau-Harburg)  
(CDU/CSU) Wie ist die vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen in einem Schreiben erteilte Auskunft zu verstehen, daß in dem in Frage 92 angesprochenen Fall die genannten Verwandtschaftsgrade „in der Regel“ auf das neugeborene Kind bezogen werden?
94. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU) Wie lautet der Brief vom 10. November 1972, den der Bundeskanzler laut Mitteilung der Bundesregierung und Presseberichten den Eltern jener 308 Kinder vor der Bundestagswahl zugesandt hat, denen — nach damaligem Sprachgebrauch — die „Ausreise gestattet worden ist“?

95. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU) Ist über das Schicksal von weiteren 900 gegen ihren und ihrer Eltern Willen in der DDR festgehaltenen Kindern — so wie es vor der Bundestagswahl angekündigt worden war — nun positiv entschieden?
96. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Welche konkreten Zusagen für dauerhafte Minderung von Unmenschlichkeit haben die Vertreter der DDR bei den Gesprächen und Verhandlungen dem Beauftragten der Bundesregierung, Bundesminister Bahr, als Gegenleistung für die substantiellen Festlegungen im Grundvertrag gegeben?
97. Abgeordneter  
**Graf Stauffenberg**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung angesichts der auch von ihr zugegebenen Enttäuschung über das Verhalten der DDR im Zusammenhang mit angekündigten und zugesagten menschlichen Erleichterungen immer noch die Auffassung von Bundesminister Bahr, „daß die DDR großen Wert darauf legen wird, ein verlässlicher Vertragspartner zu sein, der gegebene Zusagen hält“?
98. Abgeordneter  
**Graf Stauffenberg**  
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung bei der Aushandlung des Grundvertrags nicht dafür gesorgt, daß sich sein Geltungsbereich und der der Folgeverträge zweifelsfrei auf das Land Berlin erstreckt, um Vereinbarungen wie z. B. über Sportverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands zu erleichtern?
99. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Welche menschlichen Erleichterungen sind in der DDR respektive im Beziehungsverhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der Verhandlungen über den Grundvertrag von der DDR zugesagt, welche konkret eingeführt und welche durch administrative Maßnahmen wieder unterlaufen?
100. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Welcher Personenkreis in der DDR mußte sich durch Unterschriften verpflichten, keinerlei Einladungen an Bürger der Bundesrepublik Deutschland auszusprechen, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die DDR-Regierung zu einer Zurücknahme dieser Maßnahmen zu veranlassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie und  
für das Post- und Fernmeldewesen**

101. Abgeordneter  
**Dr. Slotta**  
(SPD) Wie schlüsseln sich die 176 Studien und Gutachten nach den wichtigsten Problembereichen auf, die bis zum 31. März 1972 in der 6. Legislaturperiode des Bundestags durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mit

- einem Kostenaufwand von insges. 27 262 260 DM vergeben wurden, und nach welchen Kriterien gedenkt die Bundesregierung, die Vergabe in Zukunft vorzunehmen?
102. Abgeordneter  
**Dr. Freiherr Spies  
von Büllesheim**  
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die weitere mittelfristige Förderung der Kernforschungsanlage Jülich, und wie gedenkt sie insbesondere die Zahl der Beschäftigten zu beeinflussen?
103. Abgeordneter  
**Dr. Freiherr Spies  
von Büllesheim**  
(CDU/CSU) Welches forschungspolitische Konzept verfolgt die Bundesregierung mit der Verringerung der Kapazitäten in den Kernforschungszentren und der Gründung neuer Institute an anderen Stellen der Bundesrepublik Deutschland?
104. Abgeordneter  
**Vogt**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung ihre Beschlüsse über die Kürzung der Mittel für die Kernforschungsanlage Jülich den Beteiligten ohne vorherige Aussprache mitgeteilt, und dies insbesondere unter Berücksichtigung des vorher öffentlich dargelegten Entwurfs des 4. Atomprogramms, und welche Gründe liegen hierfür gegebenenfalls vor?
105. Abgeordneter  
**Vogt**  
(CDU/CSU) Wie vereinbaren sich gegebenenfalls solche kurzfristig beschlossenen Kürzungen für die Kernforschungszentren ohne Berücksichtigung des Sachprogramms und der beteiligten Wissenschaftler mit den vielfältigen Bekundungen der Bundesregierung nach mehr Transparenz und mehr Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen und ihren Bekundungen bei der Vorlage des Entwurfs zum 4. Atomprogramm?
106. Abgeordneter  
**Dr. Gruhl**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß für Empfänger von nachzuweisenden Postsendungen innerhalb von Großgemeinden mit schlechten Verkehrsverbindungen erhebliche zeitliche und finanzielle Belastungen entstehen, wenn die Sendung wegen Abwesenheit in der Zustellzeit bei dem häufig mehrere Kilometer entfernten Postzustellamt abgeholt werden müssen, obwohl sich in unmittelbarer Nähe ein sogenanntes „Annahmepostamt“ befindet?
107. Abgeordneter  
**Dr. Gruhl**  
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, zur Entlastung speziell der berufstätigen Empfänger, die Bestimmungen der Postordnung vom 16. Mai 1963 zu ändern und den Annahmepostämtern die Aushändigung dieser Postsendungen zu übertragen?
108. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in bestimmten Bereichen des Zonenrandgebiets die Sendungen der westdeutschen Fernsehanstalten — im Gegensatz zu den Ausstrahlungen der Sender in der DDR — überhaupt nicht oder nur sehr schlecht empfangen werden können?

109. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD) Kann die Bundesregierung den betroffenen Bewohnern zum Empfang westdeutscher Fernsehsendungen durch den Bau zusätzlicher Lückenfüllsender oder die Übertragung der Programme über Kabelnetze verhelfen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft**

110. Abgeordneter  
**Pfeifer**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung an der versprochenen Rückkopplung der Bildungsplanung mit der Finanzplanung fest, und wann gedenkt sie diese vorzulegen?
111. Abgeordneter  
**Dr. Gölter**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung daran fest, daß im Jahr 1975 57,2 Milliarden DM zur Finanzierung der Bildungsreform erforderlich sind?
112. Abgeordneter  
**Dr. Gölter**  
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung die Länder instandsetzen — die zusammen mit den Gemeinden rund 90% dieser Ausgaben tragen müssen —, daß sie die auf sie entfallenden finanziellen Leistungen auch wirklich aufbringen können?

#### **Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

113. Abgeordneter  
**Reddemann**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung durch Ostberliner Stellen konkrete Nachrichten darüber zugegangen, welche Gebiete der DDR zu Sperrzonen erklärt worden sind, in denen es keine journalistische Arbeitsmöglichkeit gibt?
114. Abgeordneter  
**Reddemann**  
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die Beeinträchtigung der Arbeit des Redaktionsteams der ARD-Sendereihe „Monitor“ auf der Leipziger Buchmesse?
115. Abgeordneter  
**Kunz**  
**(Berlin)**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die „erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik“ in Ostberlin akkreditierten Journalisten es verbietet, in einer anderen Zeitung oder Zeitschrift, in Rundfunk- oder Fernsehanstalten tätig zu sein und sie sich ausschließlich in ihrer Arbeit auf jenes Publikationsorgan beschränken müssen, für das sie akkreditiert sind, und entspricht dies den Abreden zwischen Bundesminister Bahr und Staatssekretär Kohl?

116. Abgeordneter  
**Kunz**  
**(Berlin)**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nach wie vor der Meinung, die ihr Unterhändler, Bundesminister Bahr, am 8. November 1972 im Bundeskanzleramt folgendermaßen ausdrückte: „Ich kann auch auf das Einvernehmen verweisen, die Bestimmungen des heute unterzeichneten Briefwechsels über die Arbeitsmöglichkeit von Journalisten in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen von Berlin-West unter der Voraussetzung sinngemäß anzuwenden, daß in Berlin-West die Einhaltung der Bestimmungen dieses Briefwechsels gewährleistet wird“?
117. Abgeordneter  
**Böhm**  
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Einschränkungen für die Arbeit von Journalisten verlässliche Mitteilungen der DDR-Behörden darüber zugegangen, wer unter „führende Persönlichkeiten“ zu verstehen ist, die nur nach vorhergehender Genehmigung durch die Abteilung journalistische Beziehungen des Ostberliner Außenministeriums interviewt werden dürfen?
118. Abgeordneter  
**Wohlrahe**  
(CDU/CSU)
- Ist die Vermutung und Befürchtung richtig, wonach in der DDR tätige westdeutsche Journalisten von Hilfsorganen umgeben werden, die vom sogenannten „Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen“, für diese spezielle Tätigkeit ausgesucht und zur Verfügung gestellt werden, und ist dies zwischen Staatssekretär Kohl und Bundesminister Bahr vereinbart?
119. Abgeordneter  
**Wohlrahe**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber informiert, ob nach der jetzt vorliegenden „Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen . . .“ und der ebenfalls vorliegenden „1. Durchführungsbestimmung“ zur Verordnung weitere Durchführungsbestimmungen geplant sind, z. B. auf den Gebieten der inneren Sicherheit, Verbrechensbekämpfung, Schutz der öffentlichen Gesundheit und zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer, so wie es im Briefwechsel zwischen Bundesminister Bahr und Staatssekretär Kohl formuliert ist?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

120. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
**(Braunschweig)**  
(CDU/CSU)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um ihrer Erklärung (Bericht der Bundesregierung über die Integration der Europäischen Gemeinschaften — Drucksache 7/5) „Auch künftig wird sich die Bundesregierung für eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments im Willensbildungsprozeß der Gemeinschaft einsetzen“, politisch Nachdruck zu verleihen?

121. Abgeordneter  
**Walkhoff**  
(SPD) Ist die Bundesregierung gewillt, diplomatische Beziehungen zu Nord-Vietnam aufzunehmen, vorausgesetzt, daß auch die dortige Regierung zu einem solchen Schritt bereit ist?
122. Abgeordneter  
**Walkhoff**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, schon vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nord-Vietnam, die Einreiseverbote für Vertreter Nord-Vietnams, der Vietnamesischen Befreiungsfront (FNL), der Provisorischen Revolutionsregierung Süd-Vietnams und der Befreiungsbewegungen der übrigen Staaten Indochinas aufzuheben und die Einrichtung von Informationsbüros in der Bundesrepublik Deutschland zu gestatten?
123. Abgeordneter  
**Dr. Schweitzer**  
(SPD) Trifft es zu, daß, wie die Welt am Sonntag vom 4. Februar 1973 meldet, ausländische Touristen in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere aus Polen, Ungarn und der CSSR über ihre Einstellung zu den Regimen in ihren Ländern durch Meinungsforschungsinstitute befragt wurden, wenn ja, haben solche Institute nach Kenntnis der Bundesregierung für derartige Untersuchungen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt des außenpolitischen Gesamtinteresses der Bundesrepublik Deutschland derartige Umfragen?
124. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung heute noch eine Möglichkeit, ihrer Rechtspflicht nachzukommen gegenüber den ca. 300 000 ausreisewilligen Deutschen aus den jetzt polnischen Gebieten — nachdem beim Vertragsabschluß auf eine exakte Beschreibung der Vertragsgegenstände verzichtet wurde — um zu erreichen, daß sie benachteiligungsfrei den Antrag auf Ausreise stellen können und tatsächlich unter menschenwürdigen Umständen, d. h. ohne Gefahr zu laufen, schwere wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, ausreisen dürfen?
125. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Unterlassung, den Begriff „Personen mit unbestreitbarer deutscher Volkszugehörigkeit“ beim Vertragsabschluß in Warschau im Dezember 1970 präzisiert zu haben, die eigentliche Ursache für die unerträglichen Schwierigkeiten und Schikanen ist, denen die ausreisewilligen Deutschen in Polen heute teilweise unterworfen werden, weil dadurch die Volksrepublik Polen in die Lage versetzt wird, über das Schicksal ihrer ausreisewilligen deutschen Mitbürger nach eigenem Ermessen zu entscheiden?

126. Abgeordneter **Kahn-Ackermann** (SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts der wachsenden Breitenwirkung von Kulturbeziehungen über Städtepartnerschaften in Westeuropa mehr Zuschüsse als bisher für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen, da insbesondere kleinere Kommunen offensichtlich nicht in der Lage sind, die Kosten für die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen in Westeuropa allein aufzubringen?

## B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es dem Inhalt und Geist des Warschauer Vertrags entspricht, wenn ausreisewillige Deutsche sofort, ohne Arbeitslosengeld zu bekommen, ihren Arbeitsplatz, ihre Krankenversicherung und teilweise sogar ihre Wohnung verlieren, sobald sie nur den Antrag auf Ausreise stellen, obschon in der Regel ihrem Antrag dann überhaupt nicht stattgegeben wird?
  
2. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, erforderlichenfalls polnischen Entschädigungsforderungen mit Nachdruck entgegenzutreten, nachdem sich der polnische Staat durch die rechtswidrige Massenvertreibung riesige Vermögenswerte angeeignet hat, weil ansonsten die Heimatvertriebenen zusätzlich über ihre Steuern für den Verlust ihres Vermögens büßen müssen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
**(Braunschweig)**  
(CDU/CSU) Welche Übersicht hat die Bundesregierung über den Personalmangel in den technischen Verwaltungen des Bundes und der Länder?
  
4. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
**(Braunschweig)**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Personalschwierigkeiten durch die geringe Bewertung des technischen Dienstes und dessen unzureichende Besoldung zurückzuführen ist und eine befriedigende Lösung nur durch Änderung der Besoldungsstruktur, für die der Bund zuständig ist, herbeigeführt werden kann?
  
5. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Arbeitern der Deutschen Bundesbahn, die alljährlich in das Beamtenverhältnis übernommen werden (1971 rund 4400 in den einfachen und 2000 in den mittleren Dienst), erhebliche finanzielle Verluste nicht nur bei der Übernahme in das Eingangsamt, sondern bis in die Pensionierung entstehen?

6. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, dem Vorschlag des Bundesinnenministers in seinem Bericht vom 12. Mai 1972 an den Innenausschuß des Bundestags „trotz gewichtiger Bedenken“ zu folgen, eine auf einem Nettovergleich beruhende Ausgleichzahlung zu zahlen, und glaubt sie, mit einer solchen Ausgleichszulage das grundsätzliche Mißverhältnis zwischen tariflicher und besoldungsmäßiger Regelung beheben zu können?
7. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Erste Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 18. März 1971 mit genauer Festschreibung von Obergrenzen für die Einrichtung von Beförderungssämtern auch für Gemeinden und Gemeindeverbände und mit der Festschreibung des damals geltenden Landesrechts, z. B. der Stellenplanverordnungen, die Länder unterschiedlich betroffen hat und daß in den Ländern, in denen durch Funktionalreform oder durch kommunale Neugliederung umfangreiche Veränderungen im kommunalen Bereich eingetreten sind, es heute nicht möglich ist, den neuen Gegebenheiten in der erforderlichen Form Rechnung zu tragen?
8. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Juli 1972 — 2 BvF 1/71 — zum Ausdruck gebrachten Handlungsgebot nun endlich Rechnung zu tragen und mit einer Aufhebung der Festschreibungen die Länder zu ermächtigen, Regelungen zu treffen, die den besonderen Personal- und Organisationsstrukturen sowie einer fachgerechten Stellenbewertung in den Kommunen gerecht werden, zumal die geltende Regelung bei den kommunalen Bediensteten eine nicht unerhebliche Beunruhigung ausgelöst hat?
9. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU)
- Über welchen Sachstand kann die Bundesregierung hinsichtlich der vom Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V. bereits im August 1971 in der „Heimkehrer-Fibel“ zusammengefaßten Vorschläge zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, zur Rentenversicherung und zum Gesetz zu Artikel 131 GG berichten, und wie sind ihre zukünftigen Vorstellungen?
10. Abgeordneter  
**Dr. Oetting**  
(SPD)
- Welche Kontakte hat die Bundesregierung mit der US-Regierung bzw. welche Kontakte hat der Bundesinnenminister mit der Environmental Protection Agency gehabt, um aus Errichtung, Organisation und Arbeitsmöglichkeiten dieser amerikanischen Behörde für Errichtung, Organisation und Arbeitsmöglichkeiten des zu errichtenden Bundesamts für Umweltschutz zu lernen?

11. Abgeordneter  
**Wuwer**  
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher zur Herabsetzung der Phosphatverschmutzung des Wassers anschließen, oder hat sie eigene Vorstellungen zur Regelung dieses Problems entwickelt und gegebenenfalls welche?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

12. Abgeordneter  
**Wuwer**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Deutschen Bundesbank in ihrem jüngsten Konjunkturbericht, wonach die Unternehmen wenig Neigung zeigen, den erwünschten Stabilitätskurs mitzusteuern?
13. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das bisher in Breisach stationierte 10. Pionierregiment der französischen Stationierungstreitkräfte im Laufe dieses Jahrs gegen das bisher in Speyer liegende 32. Regiment ausgetauscht werden soll, und daß sich infolge der Ausrüstung des 32. Regiments mit Kettenfahrzeugen bei einer Stationierung in Breisach erhebliche Probleme wegen der notwendigen Ortsdurchfahrten ergeben, die bisher in der Stadt Speyer wegen der günstigeren Straßenführung nicht entstanden sind?
14. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, daß die formalen Voraussetzungen die auf Grund der Stationierungsverträge bei der Verlegung von Einheiten der Stationierungstreitkräfte eingehalten werden müssen, in diesem Fall erfüllt worden sind, und ist die Bundesregierung bereit, bei den französischen Stationierungstreitkräften darauf hinzuwirken, daß keine Entscheidung getroffen wird, die zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Bevölkerung in Breisach führt und die dazu beitragen könnte, das bisher ausgezeichnete Verhältnis zwischen den Angehörigen der französischen Stationierungstreitkräfte in Breisach und der deutschen Bevölkerung zu beeinträchtigen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

15. Abgeordneter  
**Wüster**  
(SPD)
- Nach welchen Kriterien berücksichtigt die Bundesregierung bei Ausschreibungen von Importkontingenten die Lage der betreffenden inländischen Wirtschaftszweige?

16. Abgeordneter  
**Wüster**  
(SPD)      War der Bundesregierung bei der Ausschreibung von Importkontingenten aus China (VR), Bundesanzeiger Nr. 43, Ausschreibungsnr. 30 4398, Betrag 450 000 DM, die Marktsituation der Mullbinden (Mullbinden mit gewebten Kanten) herstellenden Betriebe bekannt?
17. Abgeordneter  
**Dr. Klein**  
(Göttingen)  
(CDU/CSU)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Entblößung der Stadt Duderstadt von Behörden und den daraus resultierenden Folgen der Bevölkerungsabwanderung und wirtschaftlichen Beeinträchtigung dieses zongrenz nahen Gebiets entgegenzuwirken?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

18. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD)      Auf wieviel in der Bundesrepublik Deutschland beheimatete Seidenraupen und auf wieviel in der EWG beheimatete Seidenraupen trifft der in der Drucksache 7/164 den Abgeordneten des Bundestags zugeleitete „Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Finanzierung der Beihilfe für die Seidenraupenzucht“ zu, und wie hoch ist der Umsatz dieses Erwerbszweiges im Vergleich zu dem Aufwand an Stunden, den Beamte auf europäischer und Länderebene für die Erarbeitung dieser Verordnung benötigt haben?
19. Abgeordneter  
**Dr. Jenninger**  
(CDU/CSU)      Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, die Zuschüsse für die Landfrauenvereinigungen zu streichen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

20. Abgeordneter  
**Ferrang**  
(CDU/CSU)      Hält die Bundesregierung die Neufassung des § 1252 der Reichsversicherungsordnung auch dann für anwendbar, wenn der Unfall sich zwar vor dem 1. Januar 1973 ereignet hat, aber die Unfallfolgen nach diesem Zeitpunkt noch weiter andauern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

21. Abgeordneter  
**Dr. Miltner**  
(CDU/CSU)
- Stimmen Presseberichte aus dem Tauberkreis, denen zufolge reelle Chancen bestehen sollen, Teile der Bundeswehr nach Boxberge zu verlegen, nachdem der Platz für die 12. Panzerdivision nicht mehr in den bereits bestehenden Unterkünften ausreiche?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Jugend, Familie und Gesundheit**

22. Abgeordneter  
**Amrehn**  
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung bisher noch kein Ratifizierungsgesetz zum Übereinkommen über psychotropische Stoffe, das am 21. Februar 1971 in Wien unterzeichnet worden ist, eingebracht, und wann kann mit seiner Einbringung gerechnet werden?
23. Abgeordneter  
**Amrehn**  
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung bisher noch kein Ratifizierungsgesetz für das UN-Einheitsübereinkommen über Suchtstoffe (New York 1961) und für die Berichtigung des Protokolls dieses Einheitsübereinkommens eingebracht, und wann ist mit seiner Einbringung zu rechnen?
24. Abgeordneter  
**Christ**  
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zahnpasten „Strahler 70“ und „Ultra-Weiß“ auf Grund einer Untersuchung des Krebsforschungszentrums Heidelberg einen ungewöhnlich hohen Chloroformgehalt haben, der infolge der besonders guten Resorption durch die Mundschleimhaut fast vollständig vom Körper resorbiert wird?
25. Abgeordneter  
**Christ**  
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Herstellerfirmen auf entsprechende Vorhaltungen bisher nicht bereit waren, diesen Chloroformgehalt der sicherlich als gesundheitsschädigend zu definieren ist, zu reduzieren, und welche Maßnahmen kann die Bundesregierung ergreifen, um Schaden von den Verbrauchern abzuwenden?

26. Abgeordneter  
**Wuwer**  
(SPD) Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung, um endlich ihrerseits die längst erforderliche Harmonisierung des Arzneimittelrechts innerhalb der EWG herbeiführen zu helfen?
27. Abgeordneter  
**Schäfer**  
(Appenweiler)  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß vergiftete Milch, z. B. von der Milchzentrale Lörrach seit November 1972 nach Offenburg zu Futterungszwecken abgegeben wird, und daß das in der Milch befindliche Hexachlorzyklohexan nach Prof. Dr. med. Friedrich Dittmar zu Leber- und Nierenerkrankungen und als schweres Nervengift unter Krämpfen zu Tode führen kann, wenn es auf dem Wege über die Fütterung von Tieren in den menschlichen Körper gelangt, und wann und wie gedenkt die Bundesregierung, hier einzuschreiten und für alsbaldige Abhilfe zu sorgen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

28. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Teilstück der Bundesautobahn 85 zwischen Kempten und Füssen Landesgrenze, das sich jetzt bis etwa Ortsgrenze Nesselwang in Ausbaustufe 1 des Bundesfernstraßengesetzes befindet und im weiteren Verlauf in Stufe 3, auch in diesem Streckenabschnitt dringend in Ausbaustufe 1 kommen und in einem Zuge durchgebaut werden sollte?
29. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, diese Aufstufung vorzunehmen angesichts der Tatsache, daß die jetzige B 310 den Autobahnverkehr ab Nesselwang bis Landesgrenze allein wegen der Ortsdurchfahrt Pfronten (rund 100 Kurven), aber auch wegen ihrer übrigen Streckenführung nicht aufnehmen kann?
30. Abgeordneter  
**Bäuerle**  
(SPD) Sind der Bundesregierung die katastrophalen Verkehrsverhältnisse in Höchst im Odenwald durch das Zusammentreffen der B 45, L 429, L 313/326 und der L 3106 in der Ortsmitte bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung jetzt bzw. in absehbarer Zeit zu unternehmen, um diese Verkehrsverhältnisse zu verbessern?
31. Abgeordneter  
**Hölscher**  
(FDP) Welche Planungsvarianten sind bei der Linienführung der Bundesautobahn und der B 295 im Raum Leonberg unter dem Gesichtspunkt der Folgewirkungen für die Umwelt geprüft worden?

32. Abgeordneter  
**Dr. Klein**  
(Göttingen)  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer verbesserten verkehrsmäßigen Anbindung von Stadt und Raum Duderstadt an das wirtschaftliche Zentrum Göttingen und die Bundesautobahn Hannover—Kassel, etwa im Sinne eines Ausbaus der Bundesstraßen 27, 446 und 247 zu einem vierspurigen Autobahnzubringer, und wann gedenkt sie, Maßnahmen in diesem Sinne zu ergreifen?
33. Abgeordneter  
**Dr. Oetting**  
(SPD)
- Welche Kontakte hat der Bundesverkehrsminister mit der National Highway Traffic Safety Administration aufgenommen, um aus den Erfahrungen dieser Behörde und der amerikanischen Regierung mit ihr Konsequenzen für die deutsche Verkehrssicherheitspolitik zu ziehen?
34. Abgeordneter  
**Dr. Wagner**  
(Trier)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung zusichern, daß das Autobahnteilstück Wittlich-Schweich, dessen Fertigstellung bekanntlich bereits verzögert wurde, spätestens 1975 zur Verfügung stehen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie und  
für das Post- und Fernmeldewesen**

35. Abgeordneter  
**Dr. Burgbacher**  
(CDU/CSU)
- Welche öffentlichen Mittel hat der Bund im Vergleich zu den Ländern in den Jahren von 1962 bis 1972 einschließlich aufgewandt für die Kernphysik (Atomenergie, Reaktorenbau) und für die Kohle — und zwar jeweils getrennt in Kredite, Zuschüsse und sonstige Vorteile — zum Beispiel steuerlicher Art?
36. Abgeordneter  
**Dr. Eyrich**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen (Badische Zeitung) zu, daß die zentrale Briefabgangsstelle für das Wiesental und das Hochrheingebiet des Postamts Lörrach auf dem Badischen Bahnhof in Basel in ihrem Fortbestand und damit die Arbeitsplätze von über 100 Mitarbeitern gefährdet seien?
37. Abgeordneter  
**Dr. Eyrich**  
(CDU/CSU)
- Wenn ja, kann die Bundesregierung zusagen, daß die Weiterbeschäftigung der davon betroffenen Personen gesichert ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Bildung und Wissenschaft**

38. Abgeordneter  
**Engholm**  
(SPD)      Plant die Bundesregierung die Durchführung von Modellversuchen für neue Formen der Journalistenausbildung auch im Gesamthochschulbereich?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

39. Abgeordneter  
**Pfeifer**  
(CDU/CSU)      Wie hoch war im Jahr 1972 verglichen mit dem Jahr 1971 die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland gemessen am Bruttosozialprodukt, und entspricht dieser Anteil der Bedeutung der Entwicklungshilfe, von welcher die Bundesregierung in der Vergangenheit angesichts des Wohlstands in unserem Land immer auf internationalen Konferenzen gesprochen hat?

Bonn, den 16. März 1973